BRIEF AUS BERLIN

CSU LANDESGRUPPE IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

NR. 02 | 27.01.2012 |

Untersuchungsausschuss arbeitet Neonazi-Morde auf

Politische Aufklärung kann beginnen

Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag wird sich im diese Woche beschlossenen Untersuchungsausschuss zur Mordserie der rechtsextremen Zwickauer Terrorgruppe in besonderem Maße für eine objektive und sachliche Aufklärung möglicher Fehler und Versäumnisse einsetzen. Wichtig wird dabei auch sein, dass die strafrechtlichen Ermittlungen der Bundesanwaltschaft nicht behindert oder gar verzögert werden. Täter und Unterstützer der Taten müssen schnellstmöglich zur Verantwortung gezogen werden können

Die unfassbare Mordserie der rechtsextremen Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund" hat die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land tief erschüttert und die Frage aufgeworfen, wie die Gruppe jahrelang unerkannt schwerste Straftaten begehen konnte. Deshalb haben sich die Fraktionen des Deutschen Bundestages gemeinsam entschlossen, einen Untersuchungsausschuss ins Leben zu rufen, der die Arbeit der Sicherheitsbehörden bei der Überwachung der rechtsextremistischen und rechtsterroristischen Szene untersuchen und deren mögliche Versäumnisse aufdecken soll.

Ausschuss nicht als Kampfinstrument missbrauchen

Die Zustimmung zu einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen zeigt, dass die christlich-liberale Koalition in besonderem Maß vom Willen zur objektiven, sachlichen Aufklärung getragen und fest entschlossen ist, mögliche Versäumnisse herauszuarbeiten und Konsequenzen aus den Gewalttaten der Terrorgruppe zu ziehen. Als politisches Kampfinstrument darf der Ausschuss nicht missbraucht werden. Dem Untersuchungsausschuss werden elf Mitglieder angehören, von denen vier von der CDU/CSU-Fraktion gestellt werden. Die CSU-Landesgruppe wird im Untersuchungsausschuss durch den Bundestagsabgeordneten Stephan Stracke vertreten, der auch stellvertretender Ausschussvorsitzender sein wird. Die konstituierende Ausschusssitzung findet bereits in diese Woche statt.

Der Ausschuss soll in enger Zusammenarbeit mit den Landesbehörden und der entsprechenden Bund-Länder-Kommission Versäumnisse der Ermittlungsbehörden aufdecken und die Rolle sogenannter V-Leute klären. Der Untersuchungsausschuss wird sich hierfür einen umfassenden Überblick über die Mitglieder der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund" verschaffen, deren Umfeld und Taten gründlich untersuchen und daraus Schlussfolgerungen für die Struktur und die Zusammenarbeit der Sicherheits- und Ermittlungsbehörden ziehen. Dabei wird die Verbrechensaufklärung durch die Bundesanwaltschaft und die zuständigen Gerichte selbstverständlich nicht behindert werden. Hierauf wird auch die CSU-Landesgruppe besonders achten. Die Gerichte müssen die Täter und Gehilfen ungestört zur Verantwortung ziehen können.

Auf der Grundlage der Empfehlungen des Untersuchungsausschusses werden im Anschluss die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen sein. Es wird zu prüfen sein, welche gesetzgeberischen Maßnahmen notwendig sind, um extremistischen Terrorgruppen zukünftig effektiver entgegentreten zu können.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde!

Während sich im Kampf gegen den Rechtsextremismus alle Fraktionen einig sind und in dieser Woche gemeinsam den Untersuchungsausschuss zur rechtsextremistischen Zwickauer Terrorgruppe eingesetzt haben, lässt die Einigkeit im Kampf gegen den linksextremen Rand in Deutschland noch zu wünschen übrig.

Wenn Teile einer Partei sich nicht klar von linksextremistischer Gewalt abgrenzen, wenn Teile einer Partei einen marxistischen Staat errichten wollen und wenn viele in einer Partei Mauer und Schießbefehl immer noch für richtig halten, dann wird eine solche Partei zu Recht vom Verfassungsschutz beobachtet. Die Linksfraktion scheint nun die Chance zu sehen, sich durch eine künstliche Skandalisierung dieser Beobachtung zu entziehen. Es wird ihnen nicht gelingen. Nicht nur wir wollen, dass der Verfassungsschutz die öffentlichen Äußerungen der Führungsriege analysiert. Dies geschieht auch mit Rückendeckung des Bundesverwaltungsgerichts.

Dass eine Partei, die in früheren Jahrzehnten einen menschenverachtenden Bespitzelungsapparat wie die Stasi hervorgebracht und genutzt hat, sich nun ob der Beobachtung durch ein rechtsstaatlich kontrolliertes Instrument als Opfer aufspielt, ist lächerlich.

Zudem hat die Linke ein Ende der Beobachtung selbst in der Hand. Die Führungsriege muss sich endlich nachhaltig dafür einsetzen, dass verfassungsfeindliches, sozialistisches und kommunistisches Gedankengut aus der Partei verschwinden. Doch das geschieht nicht. Während Gysi und Co. sonst ständig wortgewaltig daherkommen, lassen sie ihre Extremisten kommentarlos gewähren.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre

Marlene Mortler MdB

Koalition trifft Vorsorge

Starke Parlamentsbeteiligung bei SOFFIN II

Mit dem neu aufgelegten Finanzmarktstabilisierungsgesetz stellt die christlich-liberale Koalition vorsorglich Instrumente bereit, um ein Übergreifen der Staatsschuldenkrise auf das deutsche Finanzsystem und die Realwirtschaft zu verhindern. Die Mitspracherechte des Bundestages hat die Koalition dabei deutlich gestärkt, ein großer Teil der Kreditermächtigungen, welche der so genannten SOFFIN II – Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung – zur Verfügung hat, bleiben vorerst gesperrt.

Die christlich-liberale Koalition reaktiviert mit dem 2. Finanzmarktstabilisierungsgesetz ein Instrument, das schon in der Finanzmarktkrise ab 2008 wertvolle Hilfe geleistet hat. Nun sei es wieder gefordert und zwar vorsorglich. Die Banken müssen im Zuge der Euro-Schuldenkrise bis Ende Juni 2012 einen weiteren Risikopuffer aufbauen und ihre Kernkapitalquote anheben. Das sollen sie selbst schaffen, doch im Notfall könnte der SOFFIN II einspringen.

Bereits mit dem ersten Finanzmarktstabilisierungsgesetz konnte die Koalition den Bankensektor erfolgreich stabilisieren und Dominoeffekte aus der Lehman-Pleite verhindern. Dabei wurden weit weniger Mittel in Anspruch genommenen, als ursprünglich befürchtet.

Das mit dem neuen SOFFIN II ausgehende starke Signal ist nicht nur für die Stabilität des Bankensektors wichtig. Ein stabiles Finanzwesen ist Voraussetzung, damit die Institute ihr Geld wieder verstärkt der Wirtschaft zur Verfügung stellen, anstatt dieses bei der Europäischen Zentralbank zu parken. Im Haushaltsausschuss wurde dabei die Kontrollverantwortung des Bundestages gegenüber dem SOFFIN II nochmal gestärkt: Von den zunächst 70 Milliarden Euro an Kreditermächtigungen werden 30 Milliarden Euro dem Zugriff zunächst entzogen. Werden diese Mittel benötigt, um sich etwa an einer Bank zu beteiligen, muss das vertraulich tagende Finanzmarktgremium des Bundestages zunächst zustimmen. Insgesamt können die Kreditermächtigungen mit Zustimmung des Bundestages um weitere 10 Milliarden aufgestockt werden.

Auch mit diesem Gesetz gilt die verfassungsrechtliche Schuldenbremse ohne Wenn und Aber. Als zeitlich befristete Notfallmaßnahme ist das Gesetz bis zum 31. Dezember 2012 befristet.

Diese Woche

Untersuchungsausschuss arbeitet Neonazi-Morde auf
Politische Aufklärung kann beginnen 1

Koalition trifft Vorsorge
Starke Parlamentsbeteiligung bei SOFFIN II 2

Entwicklungspolitik
Ländliche Entwicklung gegen Hunger 2

Fortsetzung ist der Beginn des Abzugs
Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes 3

Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus
Bewegende Rede von Reich-Ranicki 4

Forschungsagenda
Alter hat Zukunft 4

Koalition setzt sich für die duale Berufsausbildung ein
Ausbildung und Abitur sind gleichwertig 4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Christian Zentner
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Entwicklungspolitik

Ländliche Entwicklung gegen Hunger

Die christlich-liberale Koalition hat die Bundesregierung bei ihren Bemühungen bestärkt, die ländliche Entwicklung und Ernährungssicherheit weltweit zu verbessern. Denn während bereits eine Milliarde Menschen an Hunger leidet, bleiben in den ländlichen Räumen weltweit Potenziale ungenutzt.

Die Bekämpfung des Hungers ist seit langem eine große weltweite Herausforderung und sie nimmt bereits aufgrund des Bevölkerungswachstums jährlich zu. Die Zahl der Hungernden erreichte 2009 die traurige Zahl von etwa einer Milliarde Menschen. Die christlich-liberale Koalition unterstützt die Bundesregierung dabei, die Abhilfe dieser Situation zu einem Förderschwerpunkt der deutschen Entwicklungspolitik zu machen.

Die Gründe für die weltweite Hungersituation sind vielfältig. Viele Gründe liegen auch in einer Unterentwicklung der ländlichen Räume, in denen 70 Prozent der ärmsten Menschen der Welt leben. Sie leiden an durch Klimawandel oder Urbanisierung verloren gehende Ackerflächen, Willkür, der Situation der Frauen, unzureichenden Zugang zu Märkten oder fehlendem Wissen um Möglichkeiten der Produktivitätssteigerung. Zudem gehen große Teile der erwirtschafteten Ernte oft nachträglich verloren, zum Beispiel durch fehlende Schädlingsbekämpfung, falsche Lagerung, mangelnde Infrastruktur und unzureichende Möglichkeiten der Weiterverarbeitung.

Die Entwicklung des ländlichen Raumes in den Entwicklungsländern wurde über viele Jahre vernachlässigt. Für die christlich-liberale Koalition steht fest, dass die Entwicklung dieser Räume eine wesentliche Voraussetzung für die Überwindung von Hunger und Unterernährung ist. Dafür müsse auch politische und soziale Stabilität sowie gute Regierungsführung in den Entwicklungs- und Schwellenländern erreicht werden. Hier stünden die Entwicklungs- und Schwellenländer in der Pflicht, ihren Beitrag zu leisten.

Fortsetzung ist der Beginn des Abzugs

Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes

Die beschlossene Fortsetzung der Beteiligung der Bundeswehr am ISAF-Einsatz in Afghanistan markiert einen Wendepunkt am Hindukusch. Nach zehn Jahren wird nun erstmals die Zahl der deutschen Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan verringert. Die Mandatsobergrenze wird von 5.350 auf 4.900 Soldatinnen und Soldaten gesenkt. 2014 soll der Einsatz in seiner bisherigen Form beendet sein. Möglich wird diese Perspektive, weil die seit 2010 von der christlich-liberalen Koalition verfolgte Strategie für den Norden Afghanistans Erfolge zeigt.

Die Zahl der Anschläge und Gefechte ist im Jahr 2011 erstmals insgesamt zurückgegangen. Dies ermöglicht die Umsetzung des Konzepts der Übergabe in Verantwortung an afghanische Sicherheitskräfte. Dennoch gilt für die christlich-liberale Koalition: Die Sicherheit des Landes muss verantwortungsvoll an die Afghanen übergeben werden. Das hat Vorrang vor der Verwirklichung ehrgeiziger Zeitpläne.

Zwar ist Afghanistan von einem demokratischen Rechtsstaat weit entfernt, doch in dem Land hat es noch nie ein so gutes Staatswesen wie derzeit gegeben. Damit die Sinnhaftigkeit des Engagements in Afghanistan nicht nachträglich in Frage gestellt wird, müsse sich nach Überzeugung der Landesgruppe die Verständigung mit verhandlungsbereiten Taliban und deren Einbindung innerhalb nicht verhandelbarer roter Linien vollziehen. Dazu gehöre der Verzicht auf Gewalt und Terrorismus sowie die Achtung der afghanischen Verfassung. Alles andere wäre mit den Werten der internationalen Gemeinschaft nicht vereinbar.

Deutlich verbessert haben sich mittlerweile die Lebensbedingungen der Menschen in Afghanistan. Die Fortschritte sind trotz eines immens schwierigen, oft gefährlichen Umfeldes und der Ausgangslage einer völligen Zerstörung der Infrastruktur unübersehbar. Dies gilt sowohl für den Verkehrs- und Energiebereich, als auch bei Schulen und Universitäten oder der rasanten Zunahme von Unternehmen und Beschäftigung. Die christlich-liberale Koalition unterstreicht mit Blick auf diese Entwicklung, dass der Prozess der Übergabe in Verantwortung mit der Perspektive einer internationalen Präsenz nach 2014 einhergehen müsse. Die Ausbildung und logistische Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte müsse im Blickfeld bleiben. Dafür müsse jedoch auch die Sicherheit der Ausbilder gewährleistet sein.

Deutsche Wiederaufbauhilfe: Brunnenbau

Dank und Anerkennung den Soldatinnen und Soldaten im Einsatz

Die Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt unterstreicht, dass den Soldatinnen und Soldaten sowie den dort im Einsatz befindlichen polizeilichen Ausbilderinnen und Ausbildern großer Dank und Anerkennung für ihren gefährlichen Einsatz gebühre. Sie alle würden dort über Monate getrennt von ihren Familien Deutschlands Verantwortung in Afghanistan wahrnehmen. Der Beitrag der Bundeswehr genieße dank dieses Einsatzes bei unseren Partnern und Verbündeten allerhöchste Wertschätzung. Es bleibe notwendig, bei jeder Gelegenheit um Aufmerksamkeit und Anteilnahme für den entbehrungsreichen Dienst zu werben. Dabei sei nicht nur die Politik gefordert, sondern dies müsse Aufgabe aller relevanten gesellschaftlichen Gruppierungen und Akteure sein.

++++ Blick nach links ++++ Blick nach links ++++

SPD und Linke

Für Sigmar Gabriel sei „Die Linke" eine „Zwangsehe aus Pragmatikern und Sektierern" – so schreibt „Die Welt" in dieser Woche. Niemand werde mit einer Partei koalieren, bei der man nicht wisse, wer im Zweifel den Ton angebe. Ziemlich starker Tobak angesichts der Tatsache, das Rote und Rostrote längst zusammen regiert haben (Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Berlin) und es de facto gerade in Nordrhein-Westfalen tun. Aber nicht auf Bundesebene! – verspricht Gabriel. Wer's glaubt, wird selig. P.S.: Gabriel sagt auch: „Die SPD kann mit niemandem regieren, der unsolide mit Finanzen umgehen will." Allein schon angesichts der SPD- und Grünen-Forderung, deutsche Steuerzahler mit Eurobonds für das Versagen ausländischer Politiker büßen zu lassen, wird es wohl eng für sie. Genau genommen dürften die Sozis dann weder mit den Grünen regieren – noch mit sich selbst.

Linke und Drogen

Die haben wohl was geraucht! Nachdem die Linken-Spitze auf dem letzten Parteitag gerade noch die Forderung ihrer Basis abbügeln konnte, sämtliche Drogen – auch harte – freizugeben, will die Ex-SED jetzt den Konsum von Cannabis in speziellen Vereinen und Clubs legalisieren. Der Besitz von 30 (!) Gramm Cannabis' solle erlaubt werden. Die Begründung für diesen Wahnsinn: Man müsse die Konsumenten schützen! Tatsächlich geschützt würden die Dealer. Experten warnen auch: Cannabis ist eine klassische Einstiegsdroge, heutige Züchtungen haben viel höhere Wirkstoffgehalte als der alte „68er-Stoff", sie machen sowohl psychisch als auch physisch abhängig. Der Linken scheint das alles egal zu sein. Verfluchten Marx und Lenin Religion noch als Opium für das Volk, so fordert ihr Nachwuchs jetzt Rauschgift für das Volk. Das ist kein Fortschritt.

Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus

Bewegende Rede von Reich-Ranicki

Der 27. Januar ist für die CSU-Landesgruppe eine unersetzliche Mahnung an die universelle Lektion des Holocausts und unersetzlich, um die Erinnerung an die dunklen Zeiten der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wach zu halten. In der Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus gedachte der Bundestag den Millionen Opfern, die von den Nazis brutal verfolgt und grausam ermordet worden sind.

Im Sommer dieses Jahres jährt sich zum 70. Mal der Tag, an dem die SS die Deportation der Juden aus dem Warschauer Getto befahl. Mit Prof. Dr. Marcel Reich-Ranicki hat ein Überlebender des Holocausts in diesem Jahr im Plenarsaal des Bundestages die Gedenkrede gehalten. Reich-Ranicki musste am 22. Juli 1942 die Sitzung protokollieren, mit der die Deportation und die Ermordung der Juden des Warschauer Gettos im KZ Treblinka beschlossen wurde. Vor dem Bundestag beschrieb er in bewegenden Worten diesen Tag in seinem Leben und erklärte: „Was Umsiedlung der Juden genannt wurde, war bloß eine Aussiedlung – die Aussiedlung aus Warschau. Sie hatte nur ein Ziel, sie hatte nur einen Zweck: den Tod".

In seiner Rede zeichnete Reich-Ranicki die Ausweglosigkeit der damaligen Situation im Warschauer Getto nach.

Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert zeigte sich in seiner Rede „zutiefst dankbar, dass Marcel Reich-Ranicki – wie viele Überlebende des Holocaust – mit Deutschland nicht nur die eine, die menschenverachtende Seite verbinden, die wir nicht vergessen oder verdrängen werden." Er erläuterte, dass es nach dem Expertenbericht zum Antisemitismus in Deutschland einen latenten Antisemitismus in der Größenordnung von 20 Prozent der Bevölkerung gäbe und unterstrich: „Das sind für Deutschland genau 20 Prozent zu viel."

Koalition setzt sich für die duale Berufsausbildung ein

Ausbildung und Abitur sind gleichwertig

Eine dreijährige Berufsausbildung ist gleichwertig mit dem Abitur. Diese Überzeugung hat die christlich-liberale Koalition in einem Antrag nun noch einmal beschlossen. Sie unterstützt damit die Bundesregierung darin, die Festschreibung dieser Gleichwertigkeit in den Verhandlungen zum so genannten Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) mit den Bundesländern zu erreichen.

Nach einem Beschluss der Kultusministerkonferenz vom Herbst 2011 sollen lediglich Abitur und fachgebundene Hochschulreife sowie wenige Erstausbildungen in der so genannten DQR-Stufe 5 eingeordnet werden. Der überwiegende Teil der drei- bzw. dreieinhalbjährigen Ausbildungen soll in Stufe 4 eingeordnet werden. Für die Koalition steht fest, dass die Kultusministerkonferenz damit die duale Ausbildung gegenüber der allgemeinbildenden Schulbildung ungerechtfertigt herabsetzt.

Die duale Berufsausbildung in Deutschland sei der Garant für die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, erläutern CDU/CSU und FDP in ihrem Antrag. Nach einer dualen Ausbildung haben junge Menschen durch das Lernen in Betrieb und Schule die volle Berufsfähigkeit erlangt. Darüber hinaus eröffnet sich im Anschluss die Aufstiegsfortbildung zum Meister, Techniker oder Fachwirt. Aufgrund der Komplexität beruflicher Handlungsfähigkeit mit ihren Fertigkeiten und Kompetenzen seien dreijährige Berufe daher gleichwertig zur allgemeinen Hochschulreife. Es müsse entweder eine Gleichwertigkeit von Hochschulreife mit mindestens dreijährigen dualen Ausbildungen festgeschrieben oder auf die Einordnung allgemeinbildender Schulabschlüsse im DQR verzichtet werden.

Forschungsagenda

Alter hat Zukunft

In ihrer Forschungsagenda für den demografischen Wandel stellt die unionsgeführte Bundesregierung ihre laufenden und geplanten Aktivitäten für die kommenden fünf Jahre dar.

„Das Alter hat Zukunft", dieser Titel der von der Bundesregierung aufgestellten Forschungsagenda für den demografischen Wandel wird von der CSU-Landesgruppe ausdrücklich unterstützt. Mit der Forschungsagenda soll in den kommenden Jahren ein Impuls für Forschung und Entwicklung zum demografischen Wandel gesetzt werden. Vor allem diejenigen Menschen, die sich in den letzten Jahren ihres Berufslebens befinden oder bereits aus diesem ausgeschieden sind, rückt die christlich-liberale Koalition mit der Forschungsagenda in den Fokus der Aufmerksamkeit. Bis 2016 sollen hierfür 415 Millionen Euro bereitgestellt werden, um beispielsweise Verbundprojekte zu fördern, die alle notwendigen Forschungsdisziplinen einbeziehen.

Ziel der Agenda ist es, grundlegende Fragen der besseren Teilhabe älterer Menschen in der Gesellschaft zu erforschen und Lösungen für ein langes und gesundes Altern zu entwickeln. Relevante Fragestellungen der Forschung zum demografischen Wandel sollen zusammengefasst und wichtige Handlungsfelder aufgezeigt werden. Dafür müssen nach Überzeugung der Koalition sechs Forschungsfelder im Blick sein: Grundsatzfragen einer Gesellschaft des längeren Lebens, Kompetenzen und Erfahrungen älterer Menschen für Wirtschaft und Gesellschaft, Gesundheit im Alter, Mobilität im Alter, sicheres und unabhängiges Wohnen im Alter und Pflege für mehr Lebensqualität.

Die Bedeutung der Agenda macht ein Blick auf die Zahlen deutlich: Die Bevölkerung wird in Deutschland von heute rund 82 Millionen Menschen auf 65 bis 70 Millionen Menschen im Jahr 2060 zurückgehen. Gleichzeitig wird der Anteil der 65jährigen und Älteren um ein Drittel auf 34 Prozent der Bevölkerung steigen. Der Handlungsbedarf ist überdeutlich.